



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Regionalgruppe Münster

Kajo Schukalla

(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de

Münster, 25. Januar 2018

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Rundbrief weisen wir wieder auf einige, teils brandaktuelle Veranstaltungen hin, informieren kurz über Aspekte unserer Menschenrechtsarbeit, aber auch aus der Eine-Welt-Arbeit in Münster und laden herzlich zur Mitarbeit ein.

Besonders in der GfbV-Regionalgruppe wären wir froh über Verstärkung, denn die Arbeit landet noch immer auf den Schultern Weniger.

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

1. Termine

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Freitag, 26. Januar 2018

Da der 27. Januar in diesem Jahr auf einen Samstag fällt, findet die Veranstaltung bereits am 26. Januar statt.

Auschwitz gilt weltweit als das Synonym für den Massenmord an den europäischen Juden. Bundespräsident Herzog hat 1996 den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, zum offiziellen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Es ist ein Tag, der uns mit der Schuld der Vergangenheit konfrontiert, ein Tag, der die ganze Welt mahnen soll, ähnlich Schreckliches nie wieder durch Wegsehen geschehen zu lassen. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen und der Stadt Münster gedenken wir der Opfer in diesem Jahr mit einer Kranzniederlegung am Zwinger und einem ökumenischen Gottesdienst in der Lambertikirche.

16 Uhr Kranzniederlegung

Gedenkstein am „Zwinger“, Promenade/Kanalstraße

16.30 Uhr Ökumenischer Gedenkgottesdienst

Lambertikirche, Prinzipalmarkt

Der ökumenische Gottesdienst wird von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster e.V. und von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Münster vorbereitet und gestaltet.

Kirchliche Partnerschaftsarbeit und Entwicklungspolitik

Schmückendes Beiwerk oder sinnvolle Ergänzung?

Mexiko-Partnerschaftstagung

Freitag bis Samstag, 26.- 27. Januar 2018

Fr ab 16.30 Uhr, Sa bis 15.30 Uhr

Franz Hitze Haus Münster

Schwerpunktthemen:

- Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit
- Weltkirchliche Partnerschaft im Wandel
- 50 Jahre Partnerschaft Münster/Tula

Katholisch-soziale Akademie

Franz Hitze Haus

Kardinal-von-Galen-Ring 50

D-48149 Münster

Tel. 0251/ 9818-0, Fax 0251/ 9818-480

E-Mail: info@franz-hitze-haus.de

www.franz-hitze-haus.de/home/

Welt-Lepra-Tag

Sonntag, 28. Januar 2018, 12 Uhr

Ausstellungseröffnung

Lepramuseum Münster-Kinderhaus

Kinderhaus 15, 48159 Münster

Lepra ist noch immer nicht ausgerottet.

Das Lepra-Museum – das einzige deutschlandweit – informiert über Geschichte und Gegenwart dieser Krankheit und Möglichkeiten der Bekämpfung.

Das Lepramuseum ist sonntags geöffnet:

von Oktober bis März: 15 - 17 Uhr

von April bis September: 15 -18 Uhr

<https://www.lepramuseum.de/>

Palästina - Land und Literatur

(Reihe: „Land und Neubeginn“)

Mittwoch, 31. Januar 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

mit Dr. Abdo Abboud, Prof. für Komparatistik und Weltliteratur

und Georg-D. Schaaf, Lektor

Eintritt frei

Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster,
Offenes Arbeitstreffen

Donnerstag, 1. Februar 2018, 20 Uhr

Die Brücke – International Office, Raum 107

Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),

48143 Münster

Interessierte sind herzlich willkommen !

Gibt es einen gerechten Krieg?

- Krieg und Frieden: ein eindeutiges oder ein einfältiges Begriffspaar?

- Krieg und Frieden bei Augustinus, Thomas von Aquin und Kant

- Der Westfälische Friede, die Grundzüge des Völkerrechts und die

Aufklärung

- Humanitäre Interventionen im Zeitalter der Globalisierung

Freitag bis Samstag, 9.- 10. Februar 2018

Fr ab 17.30 Uhr, Sa bis 18 Uhr

Franz Hitze Haus

Referenten:

Andree Burke, Theologe, Münster

Katholisch-soziale Akademie

Franz Hitze Haus

Kardinal-von-Galen-Ring 50

D-48149 Münster

Tel. 0251/ 9818-0, Fax 0251/ 9818-480

E-Mail: info@franz-hitze-haus.de

www.franz-hitze-haus.de/home/

Kriminalität von Zugewanderten in der Medienberichterstattung

Workshop zur Öffentlichkeitsarbeit von Polizeibehörden

- Berichterstattung in Zeiten von Facebook, Twitter und Co.

- Umgang mit ausländergefeindlichen Fake-News

- Erfahrungsaustausch und Diskussion

Dienstag, 13. Februar 2018, 12.30 - 17 Uhr

Franz Hitze Haus

„Er war etwa 1,80 Meter groß und hatte einen Dreitage-Bart, kurze, schwarze Haare, eine schlanke Statur und südländisches Aussehen.“ - „Es sind vor allem junge Männer aus Nordafrika, die mit Trickdiebstählen auffallen“.

Diese zwei Zitate aus einer polizeilichen Pressemeldung und einem Zeitungsbericht verweisen auf Kriminalität von Zugewanderten. Immer wieder wird in der Berichterstattung über Kriminalität die ausländische Herkunft der Tatverdächtigen hervorgehoben. Ist dies zum Zweck der Tataufklärung notwendig? Kann damit Kriminalität verhindert werden? Haben Leser und Zuschauer ein Recht auf diese Information? Welche Gefahr besteht, dass diese Teilinformation Vorbehalte gegen Zugewanderte verstärkt?

Die Berichterstattung über die Kriminalität von Zugewanderten steht häufig vor einem Dilemma: Die Informationspflicht der Behörden, das Interesse der Rezipienten und die sozial- und medienethische Verantwortung derjenigen, die

Informationen bereitstellen und weiter verarbeiten, müssen in Einklang gebracht werden. Die Problematik verschärft sich in Zeiten der Diversifizierung von Medien durch die „Social Media“ sowie dem Phänomen von „Fake-News“ und gewachsener Ausländerfeindlichkeit.

Dieser im Rahmen der Reihe „Sicherheitspolitisches Forum“ stattfindende Studientag beschreibt die Problematiken und diskutiert aus verschiedenen Perspektiven die Konsequenzen. Er bietet Gelegenheit, sich über Erwartungen an die behördliche Informationspolitik sowie über die verantwortliche Gestaltung von Berichterstattung über die Kriminalität von Zugewanderten auszutauschen. Eingeladen sind besonders Journalisten und Mitarbeitende in den Pressestellen der Polizeien und Staatsanwaltschaften.

Kooperation mit:

Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der FHöV NRW, Münster;
Deutsche Hochschule der Polizei, Münster-Hiltrup

Referenten:

Studieleiterin Andrea Benstein, WDR, Leiterin des Studio Münster
Prof. Dr. Bernhard Frevel, Professor für Soziologie, Politikwissenschaft und Sozialwissenschaftliche Methoden an der FJHöV NRW / Münster
Prof. Dr. Jonas Grutzpalk, Professor für Politikwissenschaften und Soziologie an FHöV NRW, Bielefeld
Prof. Dr. Stefan Jarolimek, Professor für Kommunikationswissenschaft an der Deutschen Hochschule der Polizei, Münster-Hiltrup
Dr. Norbert Thiemann, Chefredakteur, Westfälische Nachrichten, Münster

Katholisch-soziale Akademie

Franz Hitze Haus

Kardinal-von-Galen-Ring 50

D-48149 Münster

Tel. 0251/ 9818-0, Fax 0251/ 9818-480

E-Mail: info@franz-hitze-haus.de

www.franz-hitze-haus.de/home/

Auf der Flucht aus ...

Syrien: „Die letzten Männer von Aleppo“

Donnerstag, 15. Februar 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GföV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

Frieden in der Krise

Normen, Werte und Interessen in der internationalen Politik

Dienstag, 20. Februar 2018

Tagungsort: Französische Friedrichsstadtkirche auf dem Gendarmenmarkt,
Berlin-Mitte

Information:

Evangelische Akademie Villigst im Institut für kirche und Gesellschaft,
Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte,
Tel. 02304/ 755-327

www.akademie-villigst.de

Jana trifft Jussuf

Interkulturelle Kompetenz in pädagogischen Handlungsfeldern

- Was ist interkulturelle Kompetenz?

- Analyse von Situationen und Fallbeispielen

- Grenzen interkultureller Verständigung

Donnerstag, 22. Februar 2018, 9 -17 Uhr

Franz Hitze Haus

Unsere Zeit ist geprägt durch Migration und Globalisierung. Allein in Deutschland leben Menschen aus 140 Nationen und weit mehr Kulturen. Diese multikulturelle Gesellschaft Deutschlands spiegelt sich selbstverständlich auch im Alltag von Erzieherinnen und Erziehern wieder. Wer in der Kinder- und Jugendarbeit erfolgreich arbeiten möchte, sollte auf kulturelle Differenzen, unterschiedliche Wertvorstellungen und Normen vorbereitet sein.

Referenten:

Elisabeth Addicks, ESE e.V., Münster

Dr. Ursula Bertels, Ethnologin, ESE e.V., Münster

Katholisch-soziale Akademie

Franz Hitze Haus

Kardinal-von-Galen-Ring 50

D-48149 Münster

Tel. 0251/ 9818-0, Fax 0251/ 9818-480

E-Mail: info@franz-hitze-haus.de

www.franz-hitze-haus.de/home/

Der Islam und religiöse Minderheiten – zum interreligiösen Miteinander im Irak, in Syrien und in der Türkei

Donnerstag, 22. Februar 2018, 20 Uhr

Restaurant Aposto (Freiraum), Alter Steinweg 21, 48143 Münster

Berichte von Schwester Hatune Dogan und weiteren Gästen

Moderation: Ismet Nokta

Die Referentin Hatune Dogan ist eine syrisch-orthodoxe Ordensschwester, die durch ihren mutigen Einsatz für Flüchtlinge und vor allem christliche Glaubensverfolgte bekannt geworden ist.

Als Tochter einer reichen aramäischen Bauernfamilie bei Midjat im Tur'Abdin 1970 geboren, floh sie 1985 mit ihren Eltern nach Deutschland. Später studierte sie Theologie, Psychologie und Sprachwissenschaften und gründete 2003/05 die *Hatune-Stiftung – Helfende Hände für die Armen* mit Sitz in Warburg, die seit 2007 vor allem den Opfern des Bürgerkrieges in Irak und Syrien hilft. 2010 wurde Schwester Hatune Dogan mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Veranstalter: AK Außen- und Sicherheitspolitik im CDU-Kreisverband Münster
Anmeldung per Mail erbeten an post@cdu-muenster.de
Eintritt frei.

Auf der Flucht aus ...

Kosovo: „Babai“

Donnerstag, 22. Februar 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GfbV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

Auf der Flucht aus ...

Guinea: „Gold über alles“

Donnerstag, 1. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GfbV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

GfbV-Bundesregionalgruppentreffen

Freitag bis Sonntag, 2.- 4. März 2018

GfbV-Bundesbüro, Göttingen

Information und Anmeldung bei Kajo Schukalla (Kontakte s.u.) oder

Daniel Matt, GfbV-Bundesbüro, Tel. 0551/ 49906-17,

E-mail: d.matt@gfbv.de

Dieser Hinweis richtet sich insbesondere an GfbV-Mitglieder und Menschenrechtinteressierte, die in einer Regionalgruppe mitarbeiten möchten.



Pausenbild aus Göttingen.

Auf der Flucht aus ...

Nigeria: „Der Imam und der Pastor“

Donnerstag, 8. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GföV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

Eine Welt Landeskongferenz NRW

Freitag bis Samstag, 9. - 10. März 2018

Gustav-Stresemann-Institut (GSI) Bonn

Die Eine-Welt-Landeskongferenz 2018 blickt in Impulsen, Diskussionen und Workshops auf die Eine Welt in unsicheren Zeiten.

Dabei kommen spannende Referent*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu Wort, diskutieren die Teilnehmenden direkt mit, werden verschiedene Projekte vorgestellt und zusammen neue Perspektiven und Impulse für das Eine Welt Engagement in NRW erarbeitet. Daneben gibt es ein abendliches Kulturprogramm und Zeit für Vernetzung.

Kooperationsveranstaltung von Eine Welt Netz NRW und Gustav-Stresemann-Institut e.V.

Ein sicheres Leben für alle – ein typisches Eine Welt Ziel und auch als „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ im nachhaltigen Entwicklungsziel 16 der UN festgeschrieben. Angesichts der Bilder aus den Konfliktgebieten zum Beispiel



in West- und Zentralafrika oder im Nahen Osten, dem Schrecken des lokalen und globalen Terrorismus, autokratischen Herrschern sowie der Straflosigkeit bei internationaler Kriminalität und Gewaltverbrechen steht die Staatengemeinschaft dabei vor großen Herausforderungen.

Konflikte zwischen verschiedenen Lagern innerhalb von Bevölkerungen entlang ethnischer oder religiöser Linien aber auch zunehmende Spannungen zwischen Staaten und Staatenverbünden scheinen das Ziel in weite Ferne zu rücken.

Die Eine-Welt-Landeskonferenz 2018 blickt in Impulsen, Diskussionen und Workshops auf die Eine Welt in unsicheren Zeiten. Sie wird zum einen Fragen nach dem richtigen Verhältnis von Sicherheits- und Entwicklungspolitik in den Konfliktregionen stellen: Wie kann eine Konflikttransformation gelingen? Sind der Einsatz der Bundeswehr in UN-Missionen und die Ertüchtigung von Sicherheitskräften vor Ort notwendige Maßnahmen um Entwicklungszusammenarbeit erst zu ermöglichen? Oder werden so in erster Linie Menschen von der Migration nach Europa abgehalten?

Zum anderen wird ein Blick auf die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft in Deutschland geworfen: Was können wir tun, um die deutsche Politik insgesamt „friedensverträglich“ zu machen? Wie können Partnerschaften mit Menschen in Konfliktgebieten positiv genutzt werden? Mit welchen Antworten gehen wir auf die wachsende Zahl von Menschen zu, die sich angesichts von Terrorismus und Zuwanderung zunehmend unsicher fühlen?? Auf der Konferenz kommen spannende Referent*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu Wort, diskutieren die Teilnehmenden direkt mit, werden verschiedene Projekte vorgestellt und zusammen neue Perspektiven und Impulse für ein Engagement in NRW erarbeitet. Daneben gibt es ein abendliches Kulturprogramm und Zeit für Vernetzung. Auch im Namen der Kooperationspartner lade ich Sie herzlich ein, dabei zu sein!
Udo Schlüter, Eine Welt Netz NRW

<http://www.gsi-bonn.de/>

Auf der Flucht aus ...

Armenien: „Aghet – Ein Völkermord“

Donnerstag, 15. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GfV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

Unternehmen tragen Verantwortung für Menschenrechte

Einschätzungen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte

Dienstag, 20. März 2018

Tagungsort: Gemeindehaus Ev. St. Mariengemeinde, Dortmund
Information:

Evangelische Akademie Villigst im Institut für kirche und Gesellschaft,
Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte,
Tel. 02304/ 755-327
www.akademie-villigst.de

Auf der Flucht aus ...

Griechenland/ Türkei: „Zimt und Koriander“

Donnerstag, 22. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GfbV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

WeltWeitWissen 2018: Lernen für den Wandel

Donnerstag bis Samstag, 3.- 5. Mai 2018

Bremen

Zielgruppe dieses Fachkongresses sind Multiplikator*innen aus Verbänden, Lehrer*innen, Studierende und Lehrende, Promotor*innen und weitere Interessierte aus Politik und Verwaltung sowie Referent*innen aus dem In- und Ausland.

Themenschwerpunkte der Veranstaltung:

-Wie muss Globales Lernen aussehen, um Veränderungen im Sinne der SDG/ der Transformation erzielen zu können?

-Ist BNE / Bildung für nachhaltige Entwicklung (dafür) politisch genug? Und: Wie politisch muss/ darf GL und BNE überhaupt sein? Beutelsbacher Konsens versus politische Aktivierung/ Politisierung als Anspruch/ Ziel.

-Was zeichnet „transformative“ Lernprozesse aus?

<https://www.weltweitwissen2018.de/>

<http://www.ben-bremen.de/index.php/aktuelles/398-weltweitwissen-2018-lernen-fuer-den-wandel-kongress-in-bremen>

Suche Frieden

101. Deutscher Katholikentag

Mittwoch bis Sonntag, 9. - 13. Mai 2017 in Münster

Das Großereignis, zu dem etwa 30.000 Gäste in Münster erwartet werden, soll auch zahlreiche Foren zu Menschenrechts- und Eine-Welt-Themen bieten. Noch ist das Programm in Arbeit.

Es werden noch Gastgeber gesucht.

Wer am Katholikentag teilnehmen möchte, für den sind Frühbucherrabatte interessant.

<http://www.vorbereitung-katholikentag2018.de/startseite/>



GfbV-Jahreshauptversammlung

Freitag bis Sonntag, 5. - 7. Oktober 2018

Am Samstag wird das 50jährige Jubiläum unserer Menschenrechtsorganisation gefeiert werden.

Göttingen

Aktuelle Hinweise finden sich auf unserer Internetseite www.gfbv.de

2. Berichte und Hinweise

Mitveranstalter gesucht!

UNFAIR.UNFRIEDEN.FLÜCHTEN.

So wird im Herbst eine Veranstaltungsreihe übertitelt, wie es der **Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster** in der Sitzung vom 25.1.2018 beschlossen hat.

Die Details und finanziellen Fördermöglichkeiten werden den Eine-Welt-Initiativen in den nächsten Wochen mitgeteilt.

Initiativen, Schulen, Kirchengemeinden, Verbände, Vereine und bürgerschaftliche Gruppen sind aufgerufen, sich mit einem Beitrag, einem Vortragsangebot, einer Ausstellung oder kreativen Aktion um eine Teilnahme zu bewerben. In den letzten Jahren hat sich auch die GfbV auch regelmäßig an der Reihe beteiligt.

Der Titel mag zunächst irritieren, Fragen nach dem Inhalt aufwerfen. Doch der zweite Blick erschließt Zusammenhänge. UNFAIR.UNFRIEDEN.FLÜCHTEN spricht Ungerechtigkeiten und empörende Ungleichheiten an, im Weltmaßstab wie auch im eigenen Land, der eigenen Stadt. Auseinandersetzungen, Konflikte bis hin zu Kriegen müssen in Zusammenhang damit gesehen werden. Flucht – im Titel ins dynamischere Verb „flüchten“ gesetzt – ist vielfach eine Folge: Migration, erzwungen durch kriegerische, ökologische oder wirtschaftliche Gründe, auch einfach auf der Suche nach einem besseren Leben. „Fluchtursachenbekämpfung“ ist zu einem Schlüsselbegriff deutscher Entwicklungspolitik geworden. Die Zielrichtung und Wirksamkeit wirft viele Fragen auf. Veranstaltungsangebote können den einen oder anderen Aspekt aufgreifen: Begegnungstreffen mit Geflüchteten, die über ihre Heimat berichten, Berichte über die eigenen Partnerschaftsprojekte, die für gerechte Entwicklung stehen, Vorträge von Experten über Konflikte, Menschenrechtsverletzungen, Kriegsursachen, Ausstellungen über hoffnungsvolle Ansätze und Perspektiven und und.

Information über den organisatorischen Rahmen gibt es bei Susanne Rietkötter, Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster, Geschäftsstelle, Amt für Bürger- und Ratsservice,

Tel. 0251/ 492-3326, E-mail: rietkoetter@stadt-muenster.de

Internet: http://www.muenster.de/stadt/ratsangelegenheiten/komm_ent.html

KjS

ZAB / Zentrale Ausländerbehörde nach Münster ?

Über eine ZAB entscheidet am der Stadtrat am kommenden Mittwoch, den 31.1.2018. Die Entscheidung steht auf der Kippe. Derzeit finden in Münster zahlreiche Diskussionen und

Aktionen statt, am Mittwoch auch eine Demonstration vor dem Rathaus.

In den Medien finden sich zahlreiche Informationen, so auch diese Stellungnahme bei der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender – Flüchtlingshilfe Münster:

http://www.ggua.de/aktuelles/einzelansicht/2700a8c2c656a3f3406134d7bb795472/?tx_news_pi1%5Bnews%5D=1037&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail

Münster: Stadt der Zuflucht ! ? !

Die Initiative kommt derzeit politisch nicht so recht voran. In Münster steht die ZAB oben auf der Agenda der Flüchtlingspolitik.

Auf Bundesebene gibt es noch immer keine neue Regierung und die

Flüchtlingspolitik bleibt ein Streitpunkt in den Koalitionsverhandlungen.



Im relativ gut gestellten Münster können wir trotzdem ein Zeichen setzen. Die Initiative schreibt auf der Internetseite:

„Wir möchten, dass sich OB und Rat dafür einsetzen, dass Münster über seine Verpflichtungen nach dem bisher geltenden Verteilungsschlüssel hinaus Flüchtlinge aufnimmt. Wir schlagen 370 vor – anlässlich 370 Jahre Westfälischer Friede 2018.

Durch einen Ratsbeschluss soll die Verwaltung beauftragt werden, Umsetzungs- und Finanzierungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Auch muss auf Bundes- und Landesebene dafür geworben werden.

Wir sind überzeugt davon, dass dies möglich ist und dass in der gegenwärtigen politischen Situation den Kommunen als den Orten gelebter Solidarität bei der Aufnahme geflüchteter Menschen eine besondere Bedeutung zukommt.“

<https://ms-stadt-der-zuflucht.de/>

Zur Begründung schreibt die Initiative:

„Auf ihrer Flucht sind tausende Menschen in Griechenland, Italien und Serbien gestrandet und leben dort teilweise schon seit Jahren unter völlig unzureichenden Bedingungen.

Griechenland und Italien sind – trotz großer Anstrengungen – mit der Unterbringung der Geflüchteten überlastet: Die Menschen leben dort überwiegend immer noch in Lagern und warten. Im letzten Winter sind in griechischen und serbischen Lagern Menschen erfroren, weil die Lager keinen ausreichenden Schutz vor der Witterung boten! In ebenfalls hoffnungslos überfüllten Lagern in Italien werden die Geflüchteten zum Teil nicht mit ausreichend Nahrung versorgt. Nun müssen sie einen weiteren Winter überstehen. Vielen von ihnen geht die Perspektive verloren, in Europa den Schutz zu erhalten, den sie sich erhofft haben. Das Schicksal dieser Menschen scheint aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden zu sein. (Aktuelle ARD-Berichte zur Lage in Griechenland: <https://www.youtube.com/watch?v=Nc--yQjMdf0> & <https://www.youtube.com/watch?v=Qr8zlygZIJQ>)

Seit Mitte 2016 setzt sich die parteipolitisch unabhängige Initiative „Münster – Stadt der Zuflucht“ dafür ein, dass Münster einige dieser Menschen aufnimmt.

Im September 2015 beschloss der EU-Rat die Umsiedlung (Relocation) von 160 000 Asylsuchenden aus Italien und Griechenland binnen zwei Jahren. Deutschland kommt seiner damals eingegangenen Verpflichtung, davon 27 500 Menschen aufzunehmen, sehr zögerlich

nach; etwa 9000 Personen sind bislang angekommen (Stand November 2017).

Wir sind überzeugt, dass in der gegenwärtigen politischen Situation den Kommunen als den Orten gelebter Solidarität bei der Aufnahme geflüchteter Menschen eine besondere Bedeutung zukommt. Wir fühlen uns in dieser Meinung bestärkt durch ähnliche zivilgesellschaftliche Initiativen in etwa 15 anderen deutschen Städten und in weiteren europäischen Städten u.a. in Polen, Schweden, Frankreich und Spanien.

Münster hat bereits vielen Menschen Zuflucht und eine neue Heimat gegeben. Gemessen am „Königsteiner Schlüssel“ hat es sein Soll erfüllt und müsste niemanden mehr aufnehmen. Es sind jedoch Kapazitäten für die Aufnahme weiterer Geflüchteter vorhanden. So sind die dauerhaft gebauten Flüchtlingsunterkünfte nicht ausgelastet, die temporären Unterkünfte bald vollständig zurückgebaut. Und nach wie vor gilt: Münster, die Stadt des Westfälischen Friedens, ist eine wohlhabende und weltoffene Stadt und hat eine großartige Willkommenskultur! Trotz herausfordernder Umstände vor allem im Jahr 2015 haben Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft bislang gute Arbeit bei der Aufnahme geflüchteter Menschen geleistet und Strukturen, Angebote und Kapazitäten geschaffen, die unserer Meinung nach nicht ungenutzt bleiben sollten.

Wir denken, dass wir es ethisch und politisch nicht verantworten können, an den Rändern Europas Generationen von Menschen festzuhalten ohne Aussicht auf eine lebenswerte Zukunft.

Langfristig möchten wir uns für ein Konzept stark machen, in dem es darum geht, dass Kommunen, die sich dazu bereit erklären, Flüchtlinge aufzunehmen, von der EU Mittel für zusätzliche Investitionen in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Bildung erhalten, die der gesamten Bevölkerung zugute kommen sollen. Es gibt bereits Konzepte, die aufzeigen, wie eine zusätzliche Aufnahme Geflüchteter umzusetzen sein könnte, z.B. von Prof. Gesine Schwan.

Die Aufnahme einer gewissen Anzahl von Menschen aus dem europäischen Ausland wäre nur ein kleiner Beitrag angesichts der globalen Situation. Nichtsdestotrotz läge darin ein großer symbolischer Wert und es wäre zumindest ein kleiner Schritt in Richtung legaler Zufluchtswegen und einer humanen und nachhaltigen Aufnahme Geflüchteter. Starke und klar positionierte Kommunen könnten und sollten dabei eine wichtige Rolle spielen. Durch entsprechende Aufnahmebekundungen und -entscheidungen einzelner Kommunen würde es zumindest wahrscheinlicher, dass entsprechende Konzepte, die sowohl die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kommunen als auch der Geflüchteten berücksichtigen, auch auf europäischer Ebene vorangetrieben werden.

Als BürgerInnen von Münster bitten wir Sie daher, uns zu unterstützen und als Stadt den Beschluss zu fassen, zusätzlich Flüchtlinge aus den süd-/osteuropäischen Flüchtlingslagern aufzunehmen! Anlässlich 370 Jahre Westfälischer Friede 2018 möchten wir ein Zeichen setzen und schlagen vor, 370 zusätzliche Geflüchtete nach Münster zu holen.“

Initiative Münster – Stadt der Zuflucht

Familennachzug

Unter nachfolgendem Link auf der Seite der GGUA-Flüchtlingshilfe Münster finden sich aktuelle Studien zum Thema:

http://www.ggua.de/aktuelles/einzelansicht/7cd63b8a5016be0f3e309aa1e12104c3/?tx_news_pi1%5Bnews%5D=1039&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail

Leserzuschrift zu den Berichten über die Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien
(am 22.1.2018 an Westfälische Nachrichten, Münster)

Unter dem fadenscheinigen Vorwurf der Terrorismusbekämpfung sind türkische Streitkräfte nach tagelangem Artilleriebeschuss in die nordsyrische Region Afrin eingefallen und werden noch mehr unermessliches Leid bringen, wenn die internationale Politik nicht Staatspräsident Erdogan stoppen kann. In der Region Afrin sind von derzeit nahezu einer Million Bewohner die Hälfte syrisch-arabische Flüchtlinge, vor allem aus dem Raum Aleppo. Traditionell leben hier muslimische Kurden, Yeziden und Christen friedlich zusammen. Aus Afrin erreichten unsere Menschenrechtsorganisation jetzt Beobachtungen, dass die türkische Armee deutsche Leopard-II-Panzer einsetze. Auch Luftbodenraketen sollen aus deutscher Produktion stammen oder mit deutscher Hilfe produziert worden sein. 2017 hat die deutsche Bundesregierung Rüstungsexporte in die Türkei im Wert von über 25 Millionen Euro genehmigt. Auch die NATO ist gefordert, wenn eines ihrer Mitglieder einen Angriffskrieg beginnt. Die humanitäre Lage ist bereits sehr kritisch, denn die Region Afrin ist seit Jahren von der Türkei und syrischen Islamisten eingeschlossen. Viele Frauen, Kinder und Alte haben in Berghöhlen Zuflucht gefunden, sind aber völlig unterversorgt. Es ist nach verschiedenen türkischen Ankündigungen zu erwarten, dass zudem auch die mittel- und östlichen kurdisch-besiedelten Grenzgebiete bald angegriffen werden.

Dr. Kajo Schukalla,
Gesellschaft für bedrohte Völker, Münster

Angesichts der militärischen Operation der Türkei gegen die Kurden in Syrien, gibt die Kurdische Gemeinde Deutschland folgende Erklärung ab:
(Presseerklärung 167/ 21.1.2018)

Die Türkei führt einen rassistisch-nationalistisch motivierten Krieg gegen die Kurden in Syrien. Dabei missachtet sie das Völkerrecht und die Souveränität seiner Nachbarstaaten. Wie zuvor bereits in Nord-Irak, dringen derzeit türkische Armeeverbände zum wiederholten Male in den Norden Syriens ein. Ziel aller türkischen militärischen Aktionen im Inland, wie auch in den Nachbarstaaten sind die Kurden.

Seit gestern Mittag bombardiert die Türkische Luftwaffe die Stadt und die Region Afrin. Mit Unterstützung pro-türkischer Dschihadisten-Milizen, die zuvor in der Türkei ausgebildet worden sind, hat die Türkei nun mit der Bodenoffensive begonnen.

Ali Ertan Toprak, Bundesvorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland, hat kein Verständnis für das Schweigen der freien Welt. "Gerade das kurdische Volk, das unter den Wirren falscher

Nahost-Politik und den religiösen und nationalistischen Fanatismus bisher am meisten gelitten hat, demonstrierte mit dem friedlichen Unabhängigkeitsreferendum im Irak und den selbstverwalteten kurdischen Regionen in Syrien eine große demokratische Reife. In der Bekämpfung des IS haben die kurdischen Streitkräfte im Irak wie auch in Syrien über Jahre ihre Bündnistreue mit dem Westen unter Beweis gestellt."

Toprak: „Jetzt wäre es an der Zeit, dass der Westen seine Treue zum kurdischen Bündnispartner zeigt und nicht wegschaut, während Ankara seine Neo-Osmanischen Träume auslebt.

Anstatt den religiösen Fanatismus zu bekämpfen, sehe der Westen tatenlos zu, wie die einzigen demokratisch-säkularen Kräfte im Nahen Osten drangsaliert und bekämpft werden. Das, was dem IS nicht gelungen ist, möchte die Türkei nun mit der Zerstörung von Afrin vollenden."

Die Kurdische Gemeinde ist über die bisherige Haltung des Westens und Russlands enttäuscht. Berlin, London, Paris, Washington und Moskau schweigen, obwohl der Nato-Partner gerade einen Angriffskrieg führt und Menschen tötet. Das Schweigen der zivilisierten Welt ist eine Schande und zeigt der Welt, dass auf den Westen aber auch auf Russland offensichtlich kein Verlass ist.

Entsetzt ist der Bundesvorsitzende der Kurdischen Gemeinde darüber, dass Außenminister Gabriel Rüstungsgüter an die Türkei liefern möchte, während sie einen Einmarsch in Syrien durchführt. Das Rüstungsdeal, das offensichtlich während der Teestunde in Goslar zwischen dem türkischen und dem deutschen Außenminister ausgehandelt wurde, ist ein Beleg dafür, dass offensichtlich keine außenpolitischen Wertmaßstäbe gelten.

Toprak: "Mit Gabriels Zusage für den Panzerdeal unterstützt die Bundesregierung de facto den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Erdogans gegen die kurdischen Anti-IS-Kämpfer in Syrien.

Damit werden entgegen der Behauptung Gabriels deutsche Waffen nicht gegen den IS, sondern gegen die Kurden eingesetzt."

Die Kurdische Gemeinde Deutschland ruft die internationale Gemeinschaft dringend zur Solidarität mit der Bevölkerung der autonomen kurdischen Region Afrin und zum Protest gegen neue Rüstungsdeals zwischen Berlin und Ankara auf. Sie unterstützt ausdrücklich die friedlichen Proteste von Kurdinnen und Kurden in Europa und fordert die Regierungen auf, die Proteste nicht zu kriminalisieren.

Fairer Handel in Münster – Mitmachen lohnt sich!

Das Projekt der Steuerungsgruppe Fairtrade-Stadt Münster ist gestartet: Unter dem Motto „**Wie fair is(s)t Münster?**“ werden interessierte Münsteranerinnen und Münsteraner jeglichen Alters, die sich zu einer kleinen Gruppe von zwei bis fünf Personen zusammenschließen, gesucht. Die Gruppen sollen ab dem 1. März über einen Zeitraum von drei Wochen gezielt Produkte aus fairem Handel in ihrem Stadtteil einkaufen, ihre Erfahrungen in einem Internet-Blog dokumentieren und die Produkte zum Abschluss für ein faires Dinner verwenden. Alle können sich bis zum 9. Februar bewerben: Familien, Paare, Studenten-WGs, Seniorengruppen, Freundeskreise..... Infos und ein Bewerbungsformular stehen unter www.fairtradetownmuenster.de .



Information: Susanne Rietkötter
Geschäftsstelle Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit
48127 Münster
Tel.: 0251/492-3326

Fax: 0251/492-7783

E-mail: rietkoetter@stadt-muenster.de

<http://www.stadt-muenster.de/entwicklung>

Bewusstsein für gerecht gehandelte Produkte im Fokus / Projekt-Teilnehmer gesucht „Wie fair is(s)t Münster?“

Münster. Ob im Supermarkt, im Café um die Ecke, im Discounter oder Weltladen – fair zertifizierte Produkte sind präsenter denn je und werden immer öfter in den Einkaufskorb gelegt. Die Produktpalette bei den „Fairtrade“-Lebensmitteln ist mittlerweile sehr vielfältig. Längst sind nicht mehr nur Kaffee, Kakao und Bananen angesagt. Von Honig über Hülsenfrüchte, Gewürzsorten, Backwaren bis hin zu Schokoladenvariationen, Ölen und Weinen – der Handel bietet vieles.

Wie aber sieht es mit dem Angebot an fair gehandelten Lebensmitteln in Münster aus? Und zu welchen Produkten greifen die Münsteraner? Diesen und weiteren Fragen geht die Steuerungsgruppe „Fairtrade-Stadt Münster“ im Rahmen des Projektes „Wie fair is(s)t Münster?“ nach. Unterstützt von den Westfälischen Nachrichten suchen sie dafür interessierte Gruppen, die fair gehandelte Produkte in ihrem Alltag genauer unter die Lupe nehmen und ihre Erfahrungen dokumentieren.

Der Startschuss für die Aktion wird mit einer öffentlichen Auftaktveranstaltung am 28. Februar (Mittwoch) ab 18 Uhr in der Rüstkammer des Rathauses fallen, bei der es neben fairen Getränken und Snacks viele Infos rund um das Projekt und den Fairen Handel geben wird.

Während des anschließenden dreiwöchigen Aktionszeitraums erkunden die Teilnehmer nicht nur ihre Stadtteile unter bestimmten Gesichtspunkten nach fair gehandelten Produkten, sie stellen auch ein „Faires Dinner“ auf die Beine und bereiten ein Menü aus fair gehandelten Zutaten zu. Über einen eigens für das Projekt eingerichteten Blog tauschen die Gruppen Erfahrungen, Fotos und Ergebnisse aus.

Münster ist seit dem 27. November 2011 „Fairtrade-Stadt“.

Die internationale Kampagne zur Förderung des Fairen Handels von „TransFair e.V.“ würdigt mit dieser Auszeichnung Städte, die sich nachhaltig für den Fairen Handel engagieren. Ziel der Steuerungsgruppe „Fairtrade-Stadt Münster“, in der sich 15 Vertreterinnen und Vertreter aus Einzelhandel, Gastronomie, Universität, Unternehmen, verschiedenen Verbänden, Kirchen, Eine-Welt-Gruppen und der Stadtverwaltung engagieren, ist es, dem Fairen Handel in Münster immer wieder positive Impulse zu geben. Projekte wie die Aktion „Wie fair is(s)t Münster?“ sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für „Fairtrade“-Produkte weiter in die Bevölkerung zu tragen. So bewerben Sie sich für die Aktion

Ob Familie, Paar, Studenten-WG, Freundeskreis oder Seniorengruppe – gesucht werden Münsteraner jeglichen Alters, die sich zu einer Gruppe von zwei bis fünf Personen zusammenschließen und sich für einen Zeitraum von drei Wochen genauer mit ihrem Konsumverhalten und dem Thema Fairtrade beschäftigen.

Wer die Aktion „Wie fair is(s)t Münster?“ unterstützen möchte, bewirbt sich mit seiner kleinen Gruppe bis zum 9. Februar (Freitag) online bei der Steuerungsgruppe „Fairtrade-Stadt Münster“. Ein Bewerbungsformular und weitere Informationen zum Projekt gibt es unter: www.fairtradetownmuenster.de



Quelle: Westfälische Nachrichten, Mi., 17.01.2018

Mitmachen können Münsteranerinnen und Münsteraner jeglichen Alters, die sich zu einer kleinen Gruppe von zwei bis fünf Personen zusammenschließen. Das können Familien, Paare, Studenten-WGs, Freundeskreise, Seniorengruppen usw. sein. Gesucht werden insgesamt 20 Teams.

Sie haben Lust auf das Projekt und wollen die Fairtrade Town Steuerungsgruppe unterstützen? Sie haben bereits ein kleines oder größeres Team zusammen? Der Weg zur Teilnahme ist ganz einfach: Füllen Sie das folgende Bewerbungsformular aus, geben Sie Ihrem Team einen Namen und schreiben Sie uns kurz und knackig, warum Ihr Team dabei sein möchte. Bewerbungsschluss ist der 09. Februar 2018. Die Bekanntgabe der Teams erfolgt spätestens bis zum 16. Februar 2018.

www.fairtradetownmuenster.de

Neuer Weltladen in Münster

Nach Latienda (Frauenstr.) und dem Weltladen im Südviertel (Hammer Str. 53) hat ein weiterer Fairhandelsladen geöffnet:

Weltladen im 4tel
Warendorfer Straße 16
48145 Münster
Tel. 0251/ 13676655
Öffnungszeiten: Montag-Freitag 14:30-18:30 Uhr
Samstag 11-15 Uhr



<https://www.weltladenmuenster.de/>

Ehrenamtspreis des Bistums Münster

Gerne weise ich auf diesen neuen Preis hin, der für viele in diesem Sinne ehrenamtlich Engagierter ja von Interesse sein könnte. KjS

Das Bistum Münster hat einen neuen Preis ausgelobt, mit dem Ehrenamtliche im Bistum Münster ausgezeichnet, gewürdigt und wertgeschätzt werden sollen.

Mit dem Preis sollen Menschen, Initiativen und Projekte ausgezeichnet werden, die anpacken, wo sie Not erleben. Die künftigen Preisträger helfen ganz praktisch, wo andere

Unterstützung und Zuwendung brauchen. Sie setzen sich ein für die Bewahrung der Schöpfung und für Gerechtigkeit – bei uns und weltweit. Sie machen sich stark für die

Vision einer besseren Welt. Oft tun sie es aus ihrem christlichen Glauben heraus und geben so bewusst ein Glaubenszeugnis. Gleichwohl ist der Preis nicht für katholische Initiativen „reserviert“, sondern auch Projekte anderer Konfessionen, Religionsgemeinschaften oder Privatpersonen können sich um den Preis bewerben.

Was Sie noch wissen sollten?

Wer kann sich bewerben?

Bewerben können sich Initiativen und Projekte aus dem Bistum Münster, die von Ehrenamtlichen getragen werden. Auch nicht-kirchliche Bewerbungen sind willkommen.

Auch Einzelpersonen können für ihr Engagement aus gezeichnet werden, wenn sie von Dritten vorgeschlagen werden.

Welche Kriterien gibt es bei der Preisvergabe?

Die Projekte und Initiativen, die sich um den Preis bewerben, sollten innovativ, nachhaltig oder modellhaft sein.

Was kann man gewinnen?

Es werden drei Preise vergeben, die wie folgt dotiert sind:

1. Preis: 5.000 €

2. Preis: 3.000 €

3. Preis: 2.000 €

Wer entscheidet über die Preisträger?

Der Jury gehören an:

Generalvikar Dr. Norbert Köster

Notburga Heveling (Diözesankomitee der Katholiken)

Susanne Deusch (Diözesankomitee der Katholiken)

Dr. Christof Haverkamp (Kirche + Leben)

Wie kann man sich bewerben? Ganz einfach!

Ein Bewerbungsbogen zum Download und/oder handschriftlichen Ausfüllen findet sich im Internet auf folgenden Seiten:

www.bistum-muenster.de

www.dioezesankomitee.de

www.kirche-und-leben.de

oder auf den Internetseiten der Kreisdekanate (zu erreichen über www.kreisdekanate.de). Sie können eine Bewerbung auch frei formulieren und diese direkt an das Diözesankomitee schicken. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eingesandte Materialien können leider nicht zurückgesandt werden.

Wer beantwortet Ihre Fragen?

Diözesankomitee der Katholiken Ise Kamp (Geschäftsführerin)

Rosenstr. 17, 48143 Münster,

Telefon 0251 495-563

E-mail: dioezesankomitee@bistum-muenster.de

Einsendeschluss: 30. April 2017

http://www.bistum-muenster.de/downloads/Generalvikar/Ehrenamtspreis_Flyer_Endfassung.pdf



im Bistum Münster und
in der Evangelischen Kirche von Westfalen

"Menschen haben Rechte - weltweit! Situation und Perspektiven"

Menschenrechte: kein Papiertiger

Zur Jahrestagung der AG Eine Welt 2018

Christliche Eine-Welt-Gruppen trafen sich vom 12. – 14. Januar zur ökumenischen Jahrestagung Entwicklungspolitik 2018, um ihr Engagement stärker als zuvor auf die Menschenrechte auszurichten. Die Tagung fand statt in der Evangelischen Akademie Villigst, Schwerte. Eingeladen hatte dazu die Arbeitsgemeinschaft Eine-Welt-Gruppen im Bistum Münster und in der Evangelischen Kirche von Westfalen. Wie schon in den Vorjahren waren 130 Aktive aus dem Münsterland, vom Niederrhein, aus dem Ruhrgebiet sowie aus Ostwestfalen und dem Sauerland der Einladung gefolgt – der Jüngste mit 17, die Älteste mit respektablen 81 Jahren.

Auf der Internetseite der AG Eine Welt werden die verfügbaren Vorträge und Dokumente der Tagung eingestellt.

<https://eine-welt-gruppen.de/jahrestagung/>

<https://eine-welt-gruppen.de/>

Sri Lanka: Menschenrechte nicht gewährleistet

(Veranstaltungsbericht vom Mittwoch, 10.1.2018 im Kirchenfoyer Münster)

Vor acht Jahren wurde auf Sri Lanka ein Bürgerkrieg mit rund 100.000 Toten und ungezählten Verletzten militärisch beendet. Zu einer Versöhnung zwischen den mehrheitlich buddhistischen Singhalesen und den überwiegend hinduistischen Tamilen ist es bis heute nicht gekommen. Dies berichtete Lutz Löher vom Arbeitskreis Sri Lanka in einer Veranstaltung auf Einladung der Gesellschaft für bedrohte Völker und des Zusammenschlusses christlicher Eine-Welt-Gruppen Münster. Seit 40 Jahren befasst sich der Autor der aktuellen Studie „Menschenrechte in Sri Lanka. Große Altlasten und geringe Fortschritte auf dem Weg zum Rechtsstaat“ (2017) mit dem südasiatischen Inselstaat. Vor allem die im Krieg unterlegenen Tamilen beklagten weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen in singhalesisch dominiertem Staat und Gesellschaft. Ungeklärt sei laut eines UNO-Berichts auch das Schicksal von über 20.000 Verschwundenen. Viele werden tot sein, viele würden aber auch in geheimen Militärgefängnissen vermutet.

Gesellschaftlich seien besonders die Frauen benachteiligt. Löher nannte vier Gruppen, deren Menschenwürde mit Füßen getreten werde: tamilische Teepflückerinnen im zentralen Hochland, Näherinnen in den neoliberalen Textilfabriken im Großraum der Hauptstadt Colombo, Kriegerwitwen im tamilischen Norden der Insel und schließlich Hausangestellte in der Arbeitsmigration auf der arabischen Halbinsel. Zum ethnischen Konflikt stellte er fest, dass dieser von einem religiösen, buddhistisch-hinduistischen Konflikt überlagert sei. Die muslimische und christliche Minderheit litten ebenfalls unter Repressionen. Da nur die

christliche, vor allem katholische Minderheit, sowohl bei Tamilen wie auch Singhalesen vertreten sei, käme ihr eine wichtige Brückenfunktion bei der schwierigen Versöhnungsarbeit zu. Bis zu einem einvernehmlichen Miteinander der verfeindeten Volksgruppen sei aber noch ein langer Weg. Ob dies der schwachen Regierung gelingen könne, sei zumindest derzeit fraglich. Die von Münster aus unterstützten Projekte seien immer armuts- und nie ethnisch orientiert.

Sri Lanka verdiene menschenrechtlich und entwicklungspolitisch mehr Aufmerksamkeit, forderte Dr. Kajo Schukalla von der Veranstaltergemeinschaft. Viele tamilische Flüchtlingen seien übrigens in Münster heimisch geworden, eine Möglichkeit, auch direkt Kontakte aufzubauen.

Der Arbeitskreis Sri Lanka benötigt für seine humanitären und Bildungsprojekte auf der Insel dringend weitere Mittel.

Information: Lutz Löher, Tel. 0251/ 211698.

Humanitäres Spendenkonto Arbeitskreis Sri Lanka

IBAN DE30 4006 0265 0016 9084 00



Lutz Löher bei einer Demonstration in Sri Lanka.

Neujahrsempfang des Eine-Welt-Forums brachte wieder viele Aktive zusammen.

Der Neujahrsempfang des EWF war dank des engagierten Sprecherrats und einer Programmischung mit Musik, Information, Theater und vielen Gesprächen bei Sekt und Selters sowie syrischem Essen wieder hervorragend gelungen. Als GfbV sind wir seit den Anfängen mit dabei und freuen uns schon auf die nächsten Kooperationen mit dem entwicklungspolitischen Netzwerk Münsters.

KJS

Dienstag, 23. Januar 2018

NR. 19 RMS06

WV

Hilfe in Ghana und Kolumbien

Empfang des Eine-Welt-Forums

Von Maria Conlan

MÜNSTER. Mehr als 65 Menschen kamen zum Neujahrsempfang des Eine-Welt-Forums. Es gab Zeit zum Gedankenaustausch, der Vorstellung neuer Mitglieder, dem Ankündigen von Projekten und auch der Ehrung verstorbener Persönlichkeiten, die sich für die Eine-Welt- und Friedensbewegung eingesetzt haben. Die Gäste genossen ein kulturelles Rahmenprogramm mit der Musikgruppe Yonder und Szenen von „Cactus Junges Theater“.

„Es ist gut zu sehen, wie konkret Hilfe geleistet wird“, kommentierte Karlheinz Müller vom Eine-Welt-Forum. Brigitte Thomas schwärmte vom geplanten Aasee-Stadtrundgang im Rahmen des Katholikentags. Hier gilt es ein Viertel mit vielen aktuellen Spuren des Widerstands zu entdecken.

Cactus-Theaterleiterin Barbara Kemmler lobte den Einsatz des ehrenamtlichen Teams vom Eine Welt Forum, die mit viel Engagement und Begeisterung ein Netzwerk für zahlreiche Synergien schaffen und ein „Gefühl von Gemeinschaft“ erreichen.

Als Neumitglied stellte sich der Verein „Nyaanyo-Ghana“ vor. Die Münsteraner planen in einem ghanaischen Dorf eine Grundschule mit kulturellem Treffpunkt für Familien. Der Verein „Bänder der Freundschaft“ fördert die Weiterbildung von Jugendlichen in Kolumbien. Was mit einem Jugendlichen begann, hilft nun 45 jungen Kolumbianern wirtschaftlich und beruflich selbstständig zu werden. Münsteraner Studierende stellten ihre Arbeit im Verein „Weitblick“ vor, die sich inzwischen für Bildungsförderung in verschiedenen Ländern und Kontinenten kümmern.

Den Blickwinkel auf Armut in Münster richtet Bernd Mühlbrecht mit dem Landfahrerplatz. Er erläuterte die Situation der europäischen Immigranten, die hoffnungsvoll nach Münster gekommen sind und hier existenzielle Armut erleben müssen. Künstler Thomas Nufer stellte seine Idee vom „West-Östlichen Diwan“ vor, die den Domplatz mit 500 Teppichen und vielen Mitwirkenden an zwei Septembertagen zu einem Ort für Begegnung von Orient und Okzident gestalten wird.



Der Sprecherrat des Eine-Welt-Forums (v.l.): Karlheinz Müller, Juliane Hecke, Brigitte Thomas und Klaus Bösing Foto: con

3. Aktuelle GfbV-Presemitteilungen

Einladung zur Menschenrechtsaktion „Trinken Sie Tee mit Kurden aus Afrin, Herr Gabriel!“

Menschenrechtsaktion am Freitag, den 26. Januar 2018, von 11 bis 13 Uhr
vor dem Auswärtigen Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin
(GfV-Pressemitteilung, 25.1.2018)

Syrische Kurden sollen die Möglichkeit erhalten mit dem deutschen Außenminister in ähnlicher Atmosphäre zu sprechen wie der türkische Außenminister am 6. Januar in Goslar.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat Außenminister Sigmar Gabriel zum Tee-Trinken vor dem Auswärtigen Amt in Berlin eingeladen. Die Menschenrechtsorganisation stellt dort am Freitag einen Tisch mit Tee-Gedeck und Stühle bereit, damit syrische Kurden mit dem deutschen Außenminister in ähnlicher Atmosphäre sprechen können wie der türkische Außenminister zu Gast bei Gabriel am 6. Januar in Goslar. Bei dem Gespräch wollen die Menschenrechtler Gabriel dringend dazu auffordern alles dafür zu tun, den mörderischen Krieg des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gegen die nordsyrische Kurdenregion Afrin zu beenden.

„Wir werden von Gabriel auch verlangen, den Einsatz von aus Deutschland gelieferten Leopard-Panzern und Rüstungsgütern gegen die friedlichen Kurdenregionen im Nachbarland zu unterbinden“, kündigt der GfbV-Nahostexperte Kamal Sido an. „Angesichts des Angriffskrieges der Türkei gegen Afrin muss Gabriel seine Zusage, eine Modernisierung dieser Panzer durch den deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall zu genehmigen, zurücknehmen.“

Seit dem 20. Januar greifen die türkische Armee und von der türkischen Regierung unterstützte syrische Radikalislamisten sowie Söldner aus anderen Ländern Afrin an. Dadurch sollen bereits mindestens 35 Zivilisten getötet und 106 verletzt worden sein. Obwohl Afrin durch eine jahrelange türkische Grenzblockade im Norden und islamistische Verbände im Süden nahezu vollständig von der Außenwelt abgeschnitten ist, konnten dort bis zu eine Million Menschen ein mehr oder weniger normales Leben führen. Afrin hat rund 500.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen, die meisten von ihnen aus Aleppo.

Umstrittener „Australia Day“ am 26. Januar: Australien soll Nationalfeiertag verlegen

Aboriginal People trauern um Opfer der Kolonisierung
(GfV-Pressemitteilung, 25.1.2018)

Die indigene Parlamentarierin Lidia Thorpe hat in den vergangenen Tagen berichtet, sie habe zahlreiche Hass-Mails, Todesdrohungen und Androhungen von Vergewaltigungen bekommen, weil sie sich für ein anderes Datum des Festtages ausgesprochen hat.

Die australische Regierung soll den Forderungen der indigenen Bevölkerung des Landes nachkommen und den umstrittenen „Australia Day“ (26.1.) auf ein anderes Datum verlegen, verlangt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). „Für Australiens Aboriginal People wird der Beginn der Kolonisierung ihres Landes durch britische Siedler

und Sträflinge immer ein Tag der Trauer und des Gedenkens der vielen Opfer ihrer blutigen Unterwerfung bleiben. Es ist ein Tag, der Australier mehr trennt als eint. Eine Verlegung des Nationalfeiertages auf ein weniger umstrittenes Datum wäre ein wichtiger Beitrag zur Versöhnung“, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius am Donnerstag in Göttingen.

Scharf kritisierte die GfbV Drohungen gegen Aboriginal People, die sich dafür einsetzen, an einem anderen Tag zu feiern. „Es ist kein gutes Zeichen für Australiens Umgang mit dem düstersten Kapitel seiner Geschichte, wenn führende Indigene heute deshalb eingeschüchtert werden“, sagte Delius. So hatte die indigene Parlamentarierin Lidia Thorpe in den vergangenen Tagen berichtet, sie habe zahlreiche Hass-Mails, Todesdrohungen und Androhungen von Vergewaltigungen bekommen, weil sie sich für ein anderes Datum des Festtages ausgesprochen hat. Sie ist die erste Aboriginal-Abgeordnete aus dem Bundesstaat Victoria.

Am 26. Januar wird in Australien der Beginn der Kolonisierung durch britische Siedler und Sträflinge im Jahr 1788 gefeiert. Auch am kommenden Freitag, dem 230. Jahrestag der Landnahme, werden wieder zehntausende Indigene und Unterstützer gegen die offiziellen Jubelfeiern protestieren. Für sie ist es der „Invasion Day“, an dem es nichts zu feiern gibt. Stattdessen gedenken die Aboriginal People an diesem Tag der rund 30.000 Angehörigen ihrer Völker, die im Widerstand gegen die britische Kolonialmacht getötet wurden. Historiker gehen davon aus, dass mehr als 600.000 Indigene in den folgenden 150 Jahren aufgrund von eingeschleppten Krankheiten, Zwangsarbeit, Deportationen und anderen Zwangsmaßnahmen zu Tode kamen. Alle 600 indigenen Völker des Landes klagten auch lange nach dem Ende der britischen Kolonialzeit über anhaltenden Landraub, Zwangsassimilierung und Diskriminierung. Heute ist die Zahl der Aboriginal People wieder auf 450.000 Menschen gestiegen. Sie stellen zwei Prozent der Bevölkerung.

Australiens Regierung lehnt bislang eine Verschiebung des Nationalfeiertages ab. Premierminister Malcolm Turnbull steht mit immer neuen Kürzungen finanzieller Mittel für Indigene nicht für eine Politik der Versöhnung mit den Benachteiligten. Der für indigene Fragen zuständige Minister Nigel Scullion behauptete sogar, kein Aboriginal habe von ihm eine Verlegung des Festtages gefordert. Wie schwer ein Umdenken ist, zeigte auch jüngst eine Meinungsumfrage, in der sich 56 Prozent der Befragten gleichgültig gegenüber dem Datum zeigten und nur 37 Prozent den Jahrestag als problematisch ansahen.

Nordsyrien: Türkei setzt deutsche Panzer gegen Kurden ein Kurden aus Afrin erheben schwere Vorwürfe (GfbV-Pressemitteilung, 22.01.2018)

Schwere Vorwürfe erheben Kurden aus dem Kriegsgebiet um Afrin im Nordwesten Syriens gegen die deutsche Bundesregierung. Ihren Beobachtungen zufolge setzt die türkische Armee bei ihren Angriffen auf friedliche kurdische Dörfer auch Rüstungsgüter und Waffen aus Deutschland ein, berichtete die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Montag in Göttingen. „Für die Menschen in Afrin trägt die deutsche Bundesregierung deshalb Mitverantwortung für die Bombardements, die die Zivilbevölkerung treffen“, sagte der GfbV-Nahostexperte Kamal Sido. Augenzeugen hätten Leopard-II-Panzer aus deutscher Produktion identifiziert, mit denen das türkische Militär gegen kurdische Siedlungen vorrückte. Auch Luftbodenraketen, die von türkischen Kampfflugzeugen

abgefeuert wurden, sollen aus Deutschland stammen oder mit deutscher Hilfe produziert worden sein.

„Die deutsche Bundesregierung und besonders Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries sowie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen müssen diese Berichte schnellstens überprüfen und dafür sorgen, dass die türkische Armee mit deutschen Waffen keinen Krieg führt“, forderte Sido. „Auch die Nato darf nicht tatenlos zusehen, wie eines ihrer Partnerländer einen Angriffskrieg beginnt.“

Im Jahr 2017 hat die Bundesregierung Waffen- und Rüstungsexporte in die Türkei mit einem Gesamtwert von mehr als 25 Millionen Euro genehmigt. Allein von Januar bis Ende August 2017 wurden 99 Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von insgesamt 25,36 Millionen Euro erteilt. Es soll sich dabei zwar nicht um Panzer gehandelt haben, die in früheren Jahren geliefert wurden. Doch auch Infrarot-Wärmebildausrüstungen, Marinespezialausrüstung und -zubehör, militärische Luftfahrzeuge und -technik sowie ABC-Schutzausrüstung, Reizstoffe, militärische Elektronik, Feuerleitanlagen und Handfeuerwaffen haben im vergangenen Jahr zur Hochrüstung der türkischen Armee beigetragen.

In der Region Afrin leben nahezu eine Million Menschen. Die Hälfte von ihnen sind Flüchtlinge aus Aleppo. „In Afrin gibt es weder Bunker noch einen anderen wirksamen Schutz gegen Bomben und Granaten für Zivilisten“, berichtete Sido. „So müssen Frauen, Kinder und Alte in die Berghöhlen Zuflucht suchen. Ihre Lage ist sehr Besorgnis erregend. Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff waren schon lange sehr knapp, denn Afrin ist seit Jahren von der Türkei und syrischen Islamisten eingekesselt. Von außen kamen keine Hilfsgüter in die Region.“



Beobachtungen zufolge setzt die türkische Armee bei ihren Angriffen auf friedliche kurdische Dörfer auch Rüstungsgüter und Waffen aus Deutschland ein. Augenzeugen hätten Leopard-II-Panzer aus deutscher Produktion identifiziert. Die deutsche Bundesregierung muss diese Berichte schnellstens überprüfen. Foto: Combat-Camera-Europe via Flickr

Rückführung der Rohingya-Flüchtlinge beginnt am 23. Januar
EU-Außenminister sollen bei Ratssitzung am 22. Januar Repatriierung verurteilen
(GfbV-Pressemitteilung, 21.1.2018)

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die EU-Außenminister aufgefordert, bei ihrem morgigen Ratstreffen die geplante Rückführung von Rohingya-Flüchtlingen aus Bangladesch in ihr Heimatland Burma zu verurteilen. „Die in den Medien groß angekündigte Repatriierung ist eine zynische Farce, weil damit fälschlich der Eindruck erweckt wird, eine nennenswerte Zahl von Flüchtlingen werde sicher zurückkehren. Doch solange es in Burma keine Sicherheit und Menschenrechte für Rohingya gibt, werden die meisten der 655.000 Flüchtlinge nicht freiwillig Bangladesch verlassen“, erklärte GfbV-

Direktor Ulrich Delius am Sonntag in Göttingen. „Dieses Possenspiel wird arrangiert, um die eigene Bevölkerung und die internationale Staatengemeinschaft zu beruhigen. Doch eine Lösung der Rohingya-Krise wird dies nicht bringen, sondern nur falsche Erwartungen wecken. Solange die in Burma verübten Verbrechen nicht aufgearbeitet werden und es keinen sicheren Status für die Minderheit dort gibt, werden alle Versuche der Repatriierung scheitern.“ Die Rückführung soll am kommenden Dienstag beginnen.

Die Regierungen Bangladeschs und Burmas erwecken den Eindruck, die Flüchtlinge könnten innerhalb von zwei Jahren repatriert werden. „Tatsächlich wird die Repatriierung bei dem vereinbarten Rhythmus von 1.500 Rückkehrern pro Woche rund neun Jahre lang dauern. Bangladesch hatte auf 15.000 Repatriierten pro Woche bestanden, konnte sich mit dieser Forderung bei den Verhandlungen zwischen beiden Staaten am 15. Januar 2018 aber nicht durchsetzen.

Exil-Organisationen der Rohingya fordern mehr Sicherheit für die zurückkehrenden Flüchtlinge und eine Überwachung des Prozesses durch das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR). In den Camps kursieren Petitionen der Rohingya, in denen verlangt wird, dass vor einer Rückkehr von Flüchtlingen die Rohingya offiziell als ethnische Gruppe in Burma anerkannt werden und ihnen grundlegende Menschen- und Bürgerrechte garantiert werden müssten. „Doch davon ist man in Burma noch weit entfernt“, sagte Delius.

Denn die Übergriffe von burmesischen Militärs auf Angehörige der Minderheit halten weiter an. Jeden Tag fliehen zwischen 70 und 120 Rohingya vor dieser Gewalt nach Bangladesch. Doch die Behörden Bangladeschs wollen diesen Flüchtlingen um keinen Preis längerfristig Zuflucht gewähren. So sind rund 6.500 Flüchtende im Niemandsland des Grenzgebietes zurzeit blockiert. Sie sollen als erste Gruppe gemeinsam mit geflohenen Hindu repatriert werden. Doch bislang sind nur wenige Muslime freiwillig bereit, in ihre Heimat zurückzukehren.

Wegweisend: Mit Verbot von Palmöl als Biokraftstoff schützt Europaparlament Menschenrechte indigener Völker
Malaysia wirft EU Apartheid vor
(GfbV-Pressemitteilung, 19.1.2018)

Statt Wohlstand bei den traditionellen Nutzern des Landes zu schaffen, schüren Ölpalm-Plantagen Zerstörung und Kulturverlust. Foto: Rainforest Action Network via Flickr

Als wegweisend für den Schutz der Rechte indigener Völker hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den Beschluss des Europaparlaments bezeichnet, den Verbrauch von Palmöl als Biokraftstoff zu verbieten. „Palmöl ist ein Killer für indigene Völker und ihre Rechte. Fast überall, wo Palmöl produziert wird, werden Landrechte indigener Völker missachtet, ethnische Gemeinschaften vertrieben oder marginalisiert. Die mutige Entscheidung des Europaparlaments ist daher nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch für die Menschenrechte“, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius am Freitag in Göttingen.

Der Palmöl-Boom der vergangenen Jahre hat in Indonesien und Malaysia, den weltweit bedeutendsten Exporteuren dieses nachwachsenden Rohstoffes, hunderte Rechtsstreitigkeiten zwischen indigenen Völkern und der Agrarindustrie verursacht. „Statt Wohlstand bei den traditionellen Nutzern des Landes zu schaffen, schüren Ölpalm-

Plantagen Zerstörung und Kulturverlust“, sagte Delius. Am Mittwoch hatte das Europaparlament mit großer Mehrheit für einen mittelfristigen Ausstieg Europas aus der Nutzung von Palmöl für Biosprit gestimmt. Noch ist diese Entscheidung nicht bindend. Sie muss noch von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten gebilligt werden. Begründet wurde der Schritt vor allem mit dem Schutz der Umwelt, weil Biosprit auf Palmölbasis rund 80 Prozent mehr Treibhausgas-Emissionen verursacht als fossile Brennstoffe.

Den Vorwurf des malaysischen Ministers für Plantagen und Rohstoffe, Mah Siew Keong, Europa grenze systematisch Ölpalmen aus und betreibe „Apartheid gegen Pflanzen“, bezeichnete die GfbV als „absurd“. „Wer so schwere Vorwürfe erhebt, sollte die Folgen des Ölpalmen-Booms im eigenen Land nicht ignorieren“, sagte Delius. Die meisten der 150.000 Angehörigen der indigenen Orang-Asli-Völker Malaysias haben ihr Land dauerhaft verloren, weil dort Plantagen angelegt wurden. Auch juristisch haben sie kaum eine Chance, die Rückgabe ihres gestohlenen Landes zu erstreiten. Malaysia ist heute der zweitgrößte Palmöl-Produzent der Welt.

Auch im benachbarten Indonesien sind die Folgen des Palmöl-Booms für indigene Völker dramatisch. Auf Sumatra und Kalimantan (Borneo) werden Flächen von der Größe Bayerns und Niedersachsens als Ölpalmlantagen bewirtschaftet. In Westpapua hat sich die Ausdehnung dieser Plantagen zwischen 2010 und 2015 sogar verfünffacht. Das Nachsehen haben die indigenen Papua, die ihr Land verlieren und ihre traditionelle Wirtschaftsform aufgeben müssen. Noch befinden sich in Westpapua 35 Prozent des Regenwaldes Indonesiens. Doch es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Wald neuen Plantagen weichen muss.

Vergessener Krieg in der Zentralafrikanischen Republik
75.000 Menschen seit Jahresanfang vor Gewalt geflohen - Bischöfe fordern
Waffenruhe – Mehr Hilfe notwendig
(GfbV-Pressemitteilung, 18.1.2018)

Im Jahr 2017 mussten 180.000 Menschen in der Zentralafrikanischen Republik vor Gewalt fliehen. Damit sind nun rund 1,1 der fünf Millionen Einwohner des Landes inzwischen auf der Flucht.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) warnt vor einer weiteren Eskalation der Gewalt in der Zentralafrikanischen Republik, nachdem dort allein in den vergangenen drei Wochen 75.000 Menschen vor Kämpfen zwischen verfeindeten Milizen die Flucht ergreifen mussten. Dringend forderte die Menschenrechtsorganisation am Donnerstag mehr humanitäre Hilfe für das seit dem Jahr 2012 von einem Bürgerkrieg erschütterte Land. „Es ist erschreckend, wie wenig Interesse die dramatische Lage der Not leidenden Zivilbevölkerung international findet. Dabei braucht rund die Hälfte der Bevölkerung dringend humanitäre Hilfe“, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius in Göttingen. Im Jahr 2017 wurden nur 36,5 Prozent des tatsächlichen Bedarfs an humanitärer Hilfe in Höhe von 316 Millionen US-Dollar durch internationale Spenden gedeckt.

„Wir beobachten eine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage in vielen Regionen des Landes. Besonders katastrophal hat sich aktuell die Lage im Nordwesten zugespitzt“, berichtete Delius. Am 29. Dezember 2017 brachen in der Umgebung der Stadt Paoua Kämpfe zwischen schwer bewaffneten Milizen aus. Seitdem mussten deshalb rund 60.000 Menschen fliehen. Sie suchten in der Stadt Zzuflucht. Normalerweise zählt Paoua nur 40.000 Einwohner. Im Tschad wurden rund 15.000 neue

Flüchtlinge aus dem Nachbarland gezählt. Im Jahr 2017 mussten 180.000 Menschen in der Zentralafrikanischen Republik vor Gewalt fliehen. Damit sind nun rund 1,1 der fünf Millionen Einwohner des Landes inzwischen auf der Flucht.

Auch in anderen Regionen des Landes eskaliert die Gewalt. So starben am Mittwoch bei Anschlägen und Auseinandersetzungen in einem überwiegend von der muslimischen Minderheit bewohnten Stadtviertel in der Hauptstadt Bangui sieben Menschen. Ausgelöst wurde die Gewalt durch einen Bombenanschlag und durch einen Streit zwischen bewaffneten Milizionären und Händlern, von denen die Kämpfer Schutzgeld erpressten.

Seit Jahren mahnen Menschenrechtsorganisationen eine umfassende Entwaffnung aller Milizen an. Das konnte die Regierung bislang nicht durchsetzen. Die katholische Bischofskonferenz kritisierte bei ihrer jährlichen Tagung am vergangenen Sonntag scharf die Gewalt der Milizen und forderte nachdrücklich eine schnelle Entwaffnung der Kämpfer. Auch appellierten die Bischöfe an alle Konfliktparteien, sich ohne Bedingungen zu einer Waffenruhe bereit zu erklären. Rund 70 Prozent des Landes wird heute von unterschiedlichen bewaffneten Milizen kontrolliert, die um Macht und Kontrolle von Rohstoffen kämpfen.

4. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Aktuelle Ausgabe:

Miteinander Füreinander: Wir halten zusammen!

Nur gemeinsam können Kräfte besser gebündelt werden, um soziale, politische oder wirtschaftliche Missstände zu beseitigen. In Ruanda etwa haben sich Opfer des Völkermords (1994) bewusst entschieden, in sogenannten Dörfern der Versöhnung mit Tätern zusammenzuleben. In Berlin haben Juden und Muslime die Initiative Salaam Schalom gegründet. Sie kämpfen gegen Rassismus und Antisemitismus und wollen ein gutes Miteinander der verschiedenen Kulturen und Religionen im Berliner Bezirk Neukölln fördern. Doch auch an vielen anderen Orten weltweit schließen sich



Menschen zusammen, um gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten vorzugehen. Sie bauen Brücken, schmieden Bündnisse, rufen Initiativen ins Leben.

Nummer 303, Ausgabe 06/2017

Seiten 76, Preis 4.60 Euro

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/303-miteinander-fuereinander/>

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de. Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

Mehr Informationen unter

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/>

Über diesen Link kann ein Abonnement in Auftrag gegeben werden:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>



Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

5. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann,
Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)
E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com,

Dr. Kajo Schukalla
Markweg 38, 48147 Münster,
Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),
E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster
www.rg-muenster.gfbv.de

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

www.gfbv.de

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail. Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

